

Mehr Geld für Kliniken

Mit Sonderzahlungen will das Uni-Klinikum 2013 eine „schwarze Null“ erreichen

ÜBRIGENS

So ist das nun mal mit dem Markt. Er entwickelt sich – gerne dorthin, wo Geld verdient wird. Eine rein profitorientierte Krankenhausleitung müsste deshalb Operationen

in den vergangenen Monaten zu hören: Wird der finanzielle Würgegriff auf die Kliniken nicht gelockert, bleibt am Ende die Qualität der medizinischen Behandlung auf der Strecke. Von den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ganz zu schweigen. Lange Zeit war die Reaktion der CDU-Abgeordneten gegenüber Klinikumsbeschäftigten

Die Zukunft reicht nicht nur bis 2014

an Knie- und Hüftprothesen sowie Herzkatheteruntersuchungen verdoppeln. Denn diese Eingriffe sind meist rentabel. Die Kinderonkologen würden sofort in die Wüste geschickt. Zumal wenn sie Therapien anwenden, die Bilanzen ruinieren.

Das System der Fallpauschalen im Gesundheitssystem lässt an etlichen Kliniken die Tendenz wachsen, nach dem Profit zu schießen. Andererseits ist es, das muss man zu seiner Ehrenrettung sagen, ein im Grunde hilfreiches Instrument, um die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu kontrollieren. Allerdings wurde versäumt, falsche Anreize durch Korrekturen auszubremsen und Sonderregelungen zu schaffen. Diese Versäumnisse haben zu eskalierenden Entwicklungen geführt. Unter anderem dazu, dass eine Kinderklinik, die für ihre Krebstherapie weltweit berühmt ist, zum Sanierungsfall zu werden droht.

Das hat, zu Recht, der Öffentlichkeit große Proteste hervorgerufen. Annette Widmann-Mauz, Staatssekretärin im Gesundheitsministerium und Tübinger Bundestagsabgeordnete, ist in der Diskussion um notleidende Kliniken ziemlich unter Druck geraten. Hat man doch in ihrem Heimatwahlkreis die Erwartung, dass die Gesundheitspolitikerin im Ministerium darauf einwirken sollte, dass die Kliniken nicht in der Finanznot versinken.

Vielfach bekam Widmann-Mauz

und -Vertretern eher beschwichtigend bis ausweichend. Die Vehemenz der Proteste zeigte aber Wirkung: bei der Abgeordneten, im Ministerium und im Bundestag. Widmann-Mauz spricht von einem „guten Dialog mit Experten an den Kliniken“, Klinikums-Chef Michael Bamberg von „heftigen internen und externen Diskussionen“.

Das in Berlin geschnürte Hilfspaket zeigt, dass zentrale Probleme zumindest mal als solche erkannt werden: Krankenhäuser dürfen nicht länger dazu getrieben werden, die Operationszahlen ohne Rücksicht auf Qualität und Notwendigkeit zu steigern, um ihre Bilanzen zu retten. Insofern setzt die jetzige Finanzhilfe (nach dem Prinzip Schweregrad statt Fallzahl) sinnvolle Akzente.

Bislang ist der „Versorgungskostenzuschlag“ aber nur auf zwei Jahre angelegt. Wie sieht es nach 2014 aus? Krankenhäuser geben rund 65 Prozent ihres Budgets für Löhne aus. Deshalb muss eine Finanzierung der tariflichen Lohnsteigerungen dauerhaft festgeschrieben werden.

Entscheidend wird sein, ob aus der notbedingten Finanzspritze eine nachhaltige Strukturreform wird, ob andere grundlegende Probleme – teure Doppelstrukturen und das Fehlen einer landesweiten Krankenhausplanung – angegangen werden. Sonst ist das derzeitige Hilfspaket zwar ein schönes Wahlgeschenk, aber nichts, was dauerhaft Abhilfe schafft. ANGELIKA BACHMANN

Das Hilfspaket des Bundes bringt dem Uni-Klinikum spürbare finanzielle Entlastung. 2013 rechnet der Klinikums-Vorstand mit einer Finanzspritze von 1,6 Millionen Euro. 2014 werden weitere rund 2 Millionen Euro hinzukommen.

ANGELIKA BACHMANN

Tübingen. Vergangenen Freitag hat der Bundestag ein Hilfspaket für Krankenhäuser beschlossen. Diese erhalten 1,1 Milliarden Euro Finanzhilfe für 2013/14. Tübingen profitiert – wie im Übrigen ganz Baden-Württemberg – davon, dass bei der Verteilung des Geldes der Schweregrad der behandelten Fälle berücksichtigt wird, sagte Annette Widmann-Mauz. Die Tübinger CDU-Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin im Gesundheitsministerium informierte gestern bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Michael Bamberg und Gabriele Sonntag vom Klinikums-Vorstand sowie Rupert Handgretinger, Direktor der Uni-Kinderklinik.

Ursprünglich war vorgesehen, die Bundesgelder rein nach Fallzahlen zu verteilen. Die Proteste der Hochleistungs-Krankenhäuser – auch Vertreter des Tübinger Uni-

Klinikums hatten nachdrücklich das Gespräch gesucht – blieben im Gesundheitsministerium am Ende nicht ungehört. Mit der jetzigen Regelung wolle man verhindern, dass die „Mengentreiber“ unter den Krankenhäusern – Häuser, die die Operationszahlen aus Profitgründen extrem gesteigert haben – vom Hilfspaket überdurchschnittlich profitieren, so Widmann-Mauz.

Diese Regelung sei für Tübingen sehr wichtig gewesen, sagte Klinikums-Direktor Michael Bamberg. Für das Klinikum bedeutet die Finanzspritze eine Konsolidierung der Haushaltslage im laufenden Jahr und wohl auch für 2014. Insgesamt bleibt die Finanzlage aber angespannt. Das Budget des Klinikums hat ein Gesamtvolumen von 350 Millionen Euro. Nach den Ergebnissen des ersten Quartals wäre hochgerechnet für 2013 mit einem Defizit von 1,8 Millionen Euro zu rechnen, so die Kaufmännische Direktorin Gabriele Sonntag. Erhält das Klinikum 1,6 Millionen Euro vom Bund, ist damit die „schwarze Null“ in Sichtweite. „Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber noch keine Komplettlösung“, so Sonntag. Man müsse sehen, wie es 2015 weitergehe.

Anhaltende Diskussionen und große Solidaritätsbekundungen

hatte insbesondere der Hilferuf der Kinderklinik hervorgerufen: Dort gibt es das Problem, dass viele komplexe Behandlungen, etwa in der Krebstherapie, nicht kostendeckend abgerechnet werden können.

Hier stellte Widmann-Mauz Hilfe in Aussicht, insbesondere eine Neubewertung der Fallpauschalen und damit der Vergütung. Zudem will man Maßnahmen entwickeln, wie Krankenhäuser, in denen besonders viele Extremkostenfälle behandelt werden, angemessen ausgeglichen werden können. Es gebe an jedem Krankenhaus rentable und nicht rentable Behandlungen, so Widmann-Mauz. „Wenn aber die Balance nicht mehr stimmt, darf das nicht zum Nachteil des Hauses sein.“

„Unser Hilferuf wurde gehört“, sagte der Chef der Kinderklinik, Ru-

pert Handgretinger. „Wir haben große Unterstützung erfahren.“ Er hoffe nun, dass die Lösungsansätze zügig verfolgt werden und damit auch auf die Klinik durchschlagen.

Bamberg forderte die Landesregierung auf, nun ebenfalls ihren Anteil zur Sanierung der Uni-Kliniken beizutragen. Neben den nicht kostendeckenden Behandlungen besteht das Hauptproblem des Klinikums im Investitionsstau. Neubauten hat das Klinikum in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Teil selbst (mit-)finanziert, obwohl das Sache des Trägers, also des Landes, wäre. Auch deshalb waren Bamberg und Sonntag gestern in Stuttgart zu Gesprächen im Finanzministerium. Bamberg: „Jetzt ist das Land in der Pflicht.“

■ Siehe auch das „Übrigens“

Mit dem Hilfspaket werden 1,1 Milliarden Euro verteilt

1,1 Milliarden Euro umfasst das Hilfspaket des Bundes für die Krankenhäuser in den Jahren 2013 und 2014. Davon fließen 750 Millionen Euro als sogenannter Versorgungszuschlag. Dabei

wird berücksichtigt, wenn Krankenhäuser besonders viele komplexe und schwere Fälle behandeln. Um die Tariflohnsteigerungen auszugleichen, zahlt der Bund 2013 weitere 150 Millionen Euro.

Diese Summe wird auf den Basiswert angerechnet – und damit auch 2014 übernommen. Zusätzliches Geld gibt es für (gesetzlich vorgeschriebene) Programme für die Krankenhaushygiene.